

Nachlese zum Netzwerktreffen der niedersächsischen Klimaschutzmanagerinnen und -manager

Am 13. und 14.03.2023 hat das große Netzwerktreffen der niedersächsischen Klimaschutzmanagerinnen und -manager nach drei Jahren pandemiebedingter Pause erstmals wieder in Präsenz stattgefunden. Seitdem ist nicht nur in der Klimapolitik einiges passiert, sondern auch in den niedersächsischen Kommunen. Zahlreiche Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager haben ihre Tätigkeiten aufgenommen. 90 Teilnehmende hatten die Gelegenheit, sich und das Netzwerk kennen zu lernen und sich auszutauschen. Dazu gehörten interessante Projekte aus den Kommunen und deren Fördermöglichkeiten. Die Inhalte dieser Veranstaltung werden hier dokumentiert.

1. Teil: Aktuelles aus dem kommunalen Klimaschutz

Ca. 150 Klimaschutzmanagerinnen und -manager (KSM) sind in Niedersachsens Kommunen aktiv. Sie alle sind in verschiedenen Handlungsfeldern des kommunalen Klimaschutzes aktiv. Die KEAN bietet dazu passende Angebote, um Anreize vor Ort zu schaffen. Damit kann die Arbeit der KSM unterstützt und Prozesse beschleunigt werden.

Die KEAN betreut ein aktives Netzwerk zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch für niedersächsische Klimaschutzmanagerinnen und -manager:

› [Netzwerk der niedersächsischen Klimaschutzmanagerinnen](#)

Beispiel Kommunale Wärmeplanung (KWP): Diese fällt in das Handlungsfeld Planen und Regulieren. Die KEAN unterstützt hier mit Informationen und Veranstaltungen.

Vier Handlungsfelder – viel zu erzählen



Bisher sind ab 1.1.2024 alle Städte und Gemeinden, die im Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen als Ober- und Mittelzentren festgelegt sind und Samtgemeinden, in denen ein solches liegt (derzeit 95 Kommunen), zur Erstellung, Veröffentlichung und regelmäßigen Fortschreibung eines kommunalen Wärmeplans für das gesamte Gemeindegebiet verpflichtet. Die Ersterstellung der KWP muss bis zum 31. Dezember 2026 abgeschlossen sein; dann alle fünf Jahre fortgeschrieben werden. Alle Kommunen, die nicht von der gesetzlichen Pflicht betroffen sind, haben die Möglichkeit, über die [Kommunalrichtlinie](#) des Bundes Fördermittel für die Erstellung einer KWP zu beantragen.

Die von der KEAN angebotenen Energieberatungen können von den KSM genutzt werden, um daraus und damit eigene Kampagnen zu gestalten. Die Stadt Geestland ist dafür ein Beispiel: Sie verleiht kostenlos Wärmekameras an Bürgerinnen und Bürger, um die Beratungen in einen größeren

Kontext zu bringen und für das Thema Energiesparen zu sensibilisieren.

Die im NKlimaG verpflichtende Energiebericht-erstattung hat zuletzt die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag unterfüttert. Darin heißt es, dass Landeslizenzen für Software zur kommunalen Treibhausgas-Bilanzierung und für kommunales Energiemanagement angeschafft werden. Die Zeitschiene ist allerdings noch offen. Sobald es dazu neue Informationen gibt, wird auch im [KEAN-Newsletter](#) darüber berichtet.

2. Teil: Klimaschutz auf dem Weg zur kommunalen Pflichtaufgabe

Dr. Katrin Klitzke, Klimaschutzmanagerin im Landkreis Gifhorn, stellte das Berichtsprojekt der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) vor. Tausende Kommunen sind Mitglied in der KGSt. Diese hat sich mit der Problematik auseinandergesetzt, was die Herausforderung der Klimaziele und Klimaneutralität für das kommunale Management bedeutet.

- › Wie sehen Prozesse mit Blick auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung aus?
- › Welche Strukturen müssen geschaffen bzw. geändert werden?
- › Wie können Kommunen ihre Ressourcen sinnstiftend entsprechend einsetzen?
- › Wie kann die örtliche Gemeinschaft - also Bürgerinnen und Bürger, Gewerbe, Industrie und andere Akteure - informiert, motiviert und aktiviert werden?

Der Bericht "Position der KGSt zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung - Was Verwaltungsführung und Politik wissen müssen" richtet sich an oberste Entscheidungsebenen und die Politik.

› [Link zur Publikation](#)

Anschließend erörterte Daniel Philipp, Vorsitzender des Bundesverbands Klimaschutz, die Gratwanderung von Kommunen bei der Aufgabe des kommunalen Klimaschutzes zwischen Pflicht und Freiwilligkeit. Der Bundesverband setzt sich mit einem breiten Bündnis für eine Gesetzesänderung bzw. -ergänzung des Art. 91a GG ein, damit der Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe wird. Dafür bedarf es einer 2/3 Mehrheit im Bundestag. Bisher hat der Bund ein Aufgabenübertragungsverbot an Kommunen und kann nur die Länder in die Pflicht nehmen. Daniel Philipp ermunterte die Kommunen und KSM vor Ort, sich dem Bündnis anzuschließen, um die Notwendigkeit des Klimaschutzes in Kommunen in Politik und Gesellschaft zu fokussieren.

3. Teil: Impulse aus den Kommunen

Förderprogramm „Zukunftsräume Niedersachsen“ mit dem Projekt „Nachhaltiges Mobilitätskonzept für die Hansestadt Uelzen“ Referentin: Karina Timmann | Hansestadt Uelzen

Die Hansestadt Uelzen beschäftigt sich proaktiv mit den Herausforderungen und Möglichkeiten einer Verkehrswende. Klimaschutzmanagerin Karina Timmann stellte das Mobilitätskonzept vor. Dieses enthält einen Handlungsleitfaden mit konkreten Maßnahmenvorschlägen. Motive und Inhalte sind u.a.:

- › Umwelt- und Klimaschutz
- › Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der
- › Fürsorgepflicht, Sicherheit und Barrierefreiheit
- › Gesetzliche Anforderungen
- › Fördermittel-Akquise
- › Vorbildfunktion.

Mit dem Förderprogramm „Zukunftsräume Niedersachsen“ des Nds. Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung ließ sich die Hansestadt ihr Projekt finanziell unterstützen. Die Förderquote des Programms beträgt 60 %. Das Vorgehen gliederte sich in folgende Schritte:

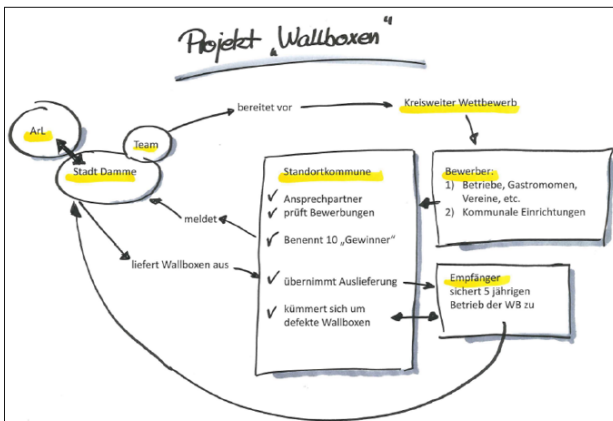
- › Ausgangspunkt Ist-Analyse
- › Betrachtung aller Verkehrsmittel: Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, MIV, wirtschaftlicher, touristischer sowie ruhender Verkehr.
- › Modal Split klimafreundlich verändern und verschiedene Verkehrsmittel im Sinne der Intermodalität smart vernetzen
- › relevante Akteure mit unterschiedlicher Öffentlichkeitsbeteiligung zusammenbringen.

Daraus ergaben sich:

- › Stärken und Schwächen der Mobilität in Uelzen
- › Definition konkreter Ziele, Zukunftsfragen sowie eines Leitbildes
- › Erarbeitung Handlungs- und Maßnahmenpaket
- › Priorisierte Umsetzungsstrategie

**„100 Wallboxen für den Landkreis Vechta“
finanziert mit LEADER-Mitteln
Referent: Roman Fehler | Stadt Damme**

Der Landkreis Vechta verteilt an zehn Mitgliedskommunen Wallboxen, um die Ladeinfrastruktur vor Ort auszubauen. Die Leitung hat die Stadt Damme, deren Klimaschutzmanager Roman Fehler das Projekt vorstellte. Zuvor wurden für das Projekt die Handlungsfelder Demografie und Soziales, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie regionale Wirtschaftsentwicklung / Arbeit und Innovation erarbeitet und priorisiert. Auf dieser Grundlage bereitete ein Team der Stadt Damme einen kreisweiten Wettbewerb vor:



Quelle: Stadt Damme

Vergabekriterien waren der mindestens teilöffentliche Zugang der Wallbox, ein effizienter und regionaler Umgang mit Ressourcen sowie verschiedene Richtwerte und Standards. Das Interesse und die Nachfrage waren enorm: In einigen der zehn Kommunen war das Kontingent innerhalb weniger Tage ausgeschöpft.

Die zehn Städte und Gemeinden des Landkreises haben sich gemeinsam mit dem Landkreis Vechta zur Leader-Region Vechta zusammengeschlossen. Auf diesem Wege konnte das Projekt mit einer LEADER-Förderung in Höhe von 93.500 € finanziert werden. Projektträger ist dabei ebenfalls die Stadt Damme.

Weitere Projekte aus den nds. Kommunen:

- › Klima-Taler
 - Pro 5 kg vermiedenes CO₂ wird ein Klimataler erzeugt
 - Sammlung der Klima-Taler über Klimaschutz-App
 - Klima-Taler können in den teilnehmenden Gemeinden eingetauscht werden in reduzierten oder freien Eintritt zu Museen, Schwimmbädern, Cafes etc. bzw. Vergünstigungen in Geschäften
- › Nachhaltige Produktion von Biogas im Landkreis Rotenburg (Wümme)

4. Teil: Treibhausgasneutralität in Kommunen – monitoren und machen

Aus dem Umweltbundesamt (UBA) stellte Lizzi Sieck den aktuellen Stand im kommunalen Klimaschutz vor: Mit dem novellierten niedersächsischen Klimagesetz sind die Energieverbrauchserfassung, die Wärmeplanung sowie Klimaschutzkonzepte und dazugehöriges Personal (in Landkreisen) zur Pflicht geworden – und damit umfassender als in anderen deutschen Bundesländern.

Aus der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“ gab die UBA-Referentin erste Ergebnisse preis: Die Frage nach Personal für den Klimaschutz bestätigten 66 Kommunen in Niedersachsen (im gesamten Bundesgebiet 799). 105 Kommunen gaben an, kein Personal für den Klimaschutz zu haben (Bund 685). 82 niedersächsische Kommunen gaben an, bereits eine THG-Bilanz erstellt zu haben oder dabei zu sein, eine zu erstellen. Von den 585 Kommunen, die sich ein Zieljahr für die Treibhausgasneutralität gesetzt haben, legen sich 208 Kommunen bundesweit das Ziel 2035 oder 2040.

Um die Entwicklungen und Ziele im kommunalen Klimaschutz zu überprüfen, bedarf es eines Monitorings. Das Ziel der THG-Neutralität bringt neue Anforderungen an das Monitoring: Da nur eine Bilanz die THG-Neutralität nachweisen kann, steht diese im Vordergrund. Sie sollte aber um zusätzliche Monitoring-Formate ergänzt werden.



Quelle: KEAN

In der nachfolgenden Fishbowl-Diskussion wurden u.a. folgende Erkenntnisse und Fragestellungen mit den Klimaschutzmanager:innen erörtert:

- › Kommunen haben ein großes THG-Minderungspotenzial, welches einen wichtigen Beitrag zu den Bundeszielen leisten kann.

- › Es bedarf einer guten Kooperation im Mehrebenensystem und mehr Verbindlichkeit, um diese Potenziale zu heben.
- › Große Herausforderung: Die Spannbreite im kommunalen Klimaschutz zusammenzuführen (kaum aktive Kommunen vs. vorzeitige Ziele).
- › Viele Kommunen setzen sich ambitionierte Ziele und geben damit wichtige Impulse. Große Herausforderung: Den Schritt in die breite Maßnahmenumsetzung realisieren.
- › Ziel Treibhausgasneutralität erfordert einen breiten Einsatz der kommunalen Handlungsmöglichkeiten in allen Einflussbereichen mit hohem Ambitionsniveau.
- › Treibhausgasneutralität ist durch die Kommune allein nicht realisierbar, sie steht in Abhängigkeit zu anderen Akteuren.

Praxisberichte: Stolpersteine und Rückenwind auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität
Referentinnen: Christiane Bork-Jürging | Stadt Braunschweig sowie Amelie Möller & Janina Bodmann | Stadt Göttingen

Mit dem integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 und einem richtungsweisenden Ratsbeschluss verschreibt sich die Stadt Braunschweig dem Ziel der Klimaneutralität und dafür personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Um das Ziel der Treibhausgasneutralität zu erreichen, nimmt die Stadt u.a. die Bestandssanierung, Freiflächen und Flächenrecycling in den Blick. Ein Maßnahmenkatalog für die kommunalen Handlungsfelder zeigt den Weg der CO₂-Einsparung auf. Teil der Klimaschutzaktivitäten ist eine jährliche Evaluation sowie ein Zwischenbericht im Jahr 2025.

Mit der Stadt Oldenburg gibt es begleitend ein Kooperationsprojekt, um das Monitoring mittels einer Web-Plattform durchzuführen. Darin werden die THG-Bilanz, alle Klimaschutzmaßnahmen sowie die Möglichkeiten zur Beteiligung dargestellt.

Als Learning gaben die Klimaschutzmanagerinnen folgende Erkenntnisse weiter:

- › Klimaschutzkonzepte so konkret wie möglich aufsetzen - ausgerichtet und quantifiziert am Klimaschutzziel (vom Ziel her denken!)
- › Mittel und Personal hinterlegen
- › Verwaltungsinterne Projektgruppe etablieren
- › Gelegenheiten nutzen oder schaffen

Auch die Stadt Göttingen hat sich mit einem Ratsbeschluss der Klimaneutralität bis 2030 verschrieben. Dies schließt eine Energiereduktion um mehr als 50 Prozent ein. Der Rest soll aus regionalen und nichtfossilen Energien gedeckt werden.

Einzelheiten zu den Nachhaltigkeitsaktivitäten, Unterstützungs- und Beteiligungsmöglichkeiten:

› [Link zum Portal zur Nachhaltigkeit in Göttingen](#)

Um dieses Ziel zu erreichen, nimmt die Stadt unterschiedliche Handlungsfelder in den Blick: Bauen und Sanieren, Arbeiten und Wirtschaften, die Mobilität und auch das nachhaltige Leben/Konsumverhalten jedes Einzelnen.

Nach mehreren verwaltungsinternen Abstimmungsschleifen zu den dazugehörigen Leitprojekten und einem Beschluss im Umweltausschuss zu dem Haushalts- und Stellenplan, werden in einem Klimaplan konkrete Maßnahmen festgehalten: Wer ist beispielsweise für ein Modellquartier „Neubaugebiet“ verantwortlich? Wie wird es finanziert? Wo kommt das Personal her und mit welcher Begründung und daraus folgenden Energieeinsparung wurde das Projekt ausgewählt?

Ein begleitendes Multiprojektmanagement und Monitoring überprüft die Einhaltung der Leitziele. Grundlage ist eine regelmäßige durchgeführte CO₂-Bilanzierung. Auf dem Weg zur Klimaneutralität erfährt Göttingen einige

Stolpersteine, aber eben auch auch Rückenwind aus der Verwaltung:



5. Teil: Keynote Dipl.-Psychologin Lea Dohm: Wie wir an der Klimakrise wachsen, statt zu verzweifeln

Über Fachthemen hinaus hat das zweitägige Netzwerktreffen gute Gelegenheit zum Austausch geboten, um über die Herausforderungen zu diskutieren, die mit dem Management der Klimaschutzaufgaben in Kommunen einhergehen. Von Berufswegen befinden sich die Klimaschutzmanagerinnen und -manager im Anforderungs-Spagat: Für die einen sind die Klimaschutzmaßnahmen und -projekte nicht ambitioniert genug, während andere den Umsetzungsaufwand der geforderten Maßnahmen übertrieben finden oder sich der Tatsache des Klimawandels gänzlich verschließen.

Vor diesem Hintergrund hatten wir Dipl.-Psychologin Lea Dohm eingeladen. Sie ist für die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit

e.V. tätig, Mit-Initiatorin der Psychologists for Future e.V. und schreibt als Fachjournalistin zu den psychischen Folgen der ökologischen Krisen und ihrer gesunden Verarbeitung sowie zur Überwindung der Lücke zwischen Wissen und Handeln.

Die Psychologin hat Strategien für einen gesunden Umgang mit der Klimakrise allgemein und speziell für die Anwesenden erläutert, die beruflich tagtäglich einen gesunden Umgang mit der Klimaschutzarbeit finden müssen. Thematisiert wurden Gefühle wie Angst, Wut und Trauer genauso wie Hoffnung, Mut und Freude – und wie sich diese Gefühle auf die Klimaschutz-Kommunikation auswirken. Ein konkreter Tipp der Psychologin für alle, die im Diskurs für mehr Klimaschutz mit anderen Menschen reden (müssen): Befassen Sie sich mit den typischen Ausreden der Klimaschutzgegner:innen.

In diesem Zusammenhang gab Lea Dohm den Zuhörenden die Studie „Diskurse über Klimaverzögerung“ von Lamb, Mattioli, Levi et al (2020) als Leseempfehlung:

› [Link zur Studie](#)

6. Teil: Workshops

„Niederlagenlose Methode der Konfliktbewältigung“

Referentin: Nerissa Rothhardt | Rhetoric-Consulting

Klimaschutzmanagerinnen und -manager sind in den kommunalen Verwaltungen oft Einzelkämpfer und stehen vor bürokratischen Herausforderungen. Um ihre Anliegen und Projekte gegenüber Widerständen einzubringen und Vorgesetzten, Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern zu überzeugen, kann eine gelungene Kommunikation helfen.



Quelle: Ulrich Pucknat

Trainerin Nerissa Rothhardt gab den Teilnehmenden Einblicke, wie sie eine erste Herausforderung stemmen können: miteinander ins Gespräch kommen. Dazu lernten die Teilnehmenden zunächst verschiedene Persönlichkeitstypen kennen und erfuhren, wie diese arbeiten. Starke und schwache Charakterzüge vertreten unterschiedliche Standpunkte.

Nach einer Einordnung und der Auseinandersetzung mit den Eigenschaften, gingen die Teilnehmenden in Kleingruppen und versetzten sich in verschiedene Rollen. Nach einem gemeinsamen Austausch bekamen die Teilnehmenden Einblicke in die unterschiedlichen Perspektiven und Werkzeuge, wie Konflikte im dienstlichen Miteinander bewältigt werden können

„Die Kommune als Vorbild in der Mobilitätswende – aber wie?“

Referent: Frank Tristram | EcoLibro GmbH

Bei der Sammlung der angesprochenen Themen aus den Kommunen wurde schnell deutlich, dass eine erfolgreiche Umsetzung von Mobilitätsprojekten in kleinen Kommunalverwaltungen bis hin zu größeren Landkreisverwaltung von entscheidenden Treibern auf der ersten und zweiten Führungsebene abhängt. Setzt sich der Bürgermeister bspw. selbst auf's Fahrrad, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es auch die Mitarbeitenden tun.

Die größten Herausforderungen im Bereich der Mobilitätswende in einer Kommune lernten die Teilnehmenden des Workshops „Betriebliches Mobilitätsmanagement - BMM“ kennen: „Vermeiden, Verlagern und Verbessern!“. Es bezieht sich sowohl auf die Arbeitswege (Wege der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum und vom Standort) als auch auf die Dienstwege.

Beispielhafte Ziele eines betrieblichen Mobilitätsmanagements können die Reduzierung der Pkw-Nutzung unter Förderung des Umweltverbundes, eine kosteneffizientere Gestaltung der Mobilität und die Verringerung der Umweltbelastungen sein. Der Werkzeugkoffer „BMM“ ist vielfältig bestückt. Beispielhafte Instrumente sind:

- › Einführung eines Job-Tickets und eines übertragbaren ÖPNV-Tickets für Dienstfahrten
- › Bereitstellung von Dienstfahrrädern
- › Angebot von Fahrradleasing mit Arbeitgeberzuschuss
- › Optimierung und Elektrifizierung des Fahrzeugpools
- › Teilnahme an Carsharing zur Abdeckung von Spitzenlastbedarf
- › Einführung einer ökologischen Dienstreiseverordnung
- › Etablierung einer Plattform zur Bildung von Fahrgemeinschaften
- › Förderung des Radverkehrs durch die Bereitstellung von Umkleiden und verbesserte Abstellmöglichkeiten
- › Intensivierung der Kommunikation zu nachhaltiger Mobilität

„Klimaschutz erlebbar machen: gute Bürger:innenbeteiligung vor Ort“ - die kokreative Klima-Werkstatt
Referentin: Ulrike Oemisch | Institut für partizipatives Gestalten GmbH

Bei diesem Workshop zur guten Bürger:innenbeteiligung erfuhren die Teilnehmenden, was es bedeutet, sich gemeinsam Problemen zu stellen und eine Begegnungskultur zu schaffen. Diese

ermöglicht eine Abbildung verschiedener Perspektiven und die Schaffung von Win-Win-Situationen in einem transparenten Austausch.



Quelle: Ulrich Pucknat

An dem Praxisbeispiel der Klimawerkstatt wurde von Ulrike Oemisch aufgezeigt, wie ein Beteiligungsformat aussehen kann, das verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung umfasst, also von Information bis zu Mitbestimmung. Dadurch wird die Mitarbeit und die Kreativität der Beteiligten gefördert, gemeinsame Impulse gesetzt und Ideen entwickelt.

Im zweiten Teil des Workshops spielten die Teilnehmenden eine Klimawerkstatt im Schnellverfahren durch. Ein fiktives und zufällig generiertes Problem wurde skizziert, zu dem verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt wurden: In einer Gemeinde mit 14.397 Einwohnern sollte unter Beteiligung von fünf Akteursgruppen der Weg zu einem nachhaltigen Ernährungssystem geebnet werden. Vier Gruppen haben an verschiedenen chronologischen Stationen gearbeitet und am Ende die Ergebnisse vorgestellt.

„Rhetorik für Frauen - weibliche Stärken nutzen, um sich in einer Männerwelt durchzusetzen“
Referentin: Katrin Wilkens | i.do Hamburg

Viele Klimaschutzmanagerinnen bewegen sich in absolut männerdominierten Arbeitsumgebungen, und sind dadurch immer wieder vor große Herausforderungen im Bereich funktionierender Kommunikation gestellt.

Im Workshop „Rhetorik für Frauen“, geleitet durch Katrin Wilkens, wurde deutlich gestellt, dass es einen engen, zu beachtenden Zusammenhang gibt, zwischen Redner:in, Publikum, Sache und Situation, welcher die „Angemessenheit“ des Gesagten bestimmt und einen wichtigen Einfluss auf das Ergebnis einer Verhandlung hat.

Um in den Kommunikationsstrategien möglichst an den tatsächlichen Bedürfnissen der Teilnehmerinnen arbeiten zu können, wurden vier Situationen von Unsicherheiten im sprachlichen Umgang mit anderen gesammelt. Anhand dieser wurden gemeinsam mögliche Strategien für einen sicher(er)en Umgang erarbeitet. Hierzu wurden sowohl Impulse durch die Referentin gegeben als auch innerhalb der Gruppe diskutiert und durch Rollenspiele veranschaulicht. Als große Herausforderung wurde oftmals genügend Schlagfertigkeit gesehen, um hier an Kompetenz zu gewinnen, legte Frau Wilkens allen das Improvisationstheater ans Herz.

„Team Wärme - Kommunale Wärmeplanung spielerisch präsentiert!“

Referent: Dr. Peter Moser | Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Das Thema Kommunale Wärmeplanung ist derzeit in aller Munde. Allein 95 Kommunen in Niedersachsen sind durch § 20 NKlimaG zur Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung bis Ende 2026 verpflichtet. Gleichzeitig wird sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eine Ausweitung der Pflicht diskutiert.

Mit Hilfe des von der Deutschen Bundesstiftung entwickelten Kartensets „Team Wärme“ erarbeiteten sich die Teilnehmenden einen Überblick über Stärken und Schwächen einzelner Technologien und Energiequellen im Kontext der kommunalen Wärmeplanung.

Dieses Wissen wurde in Kleingruppen eingesetzt, um für verschiedene Siedlungstypen zukünftige Wärmeversorgungs-optionen gemeinschaftlich zu diskutieren und festzulegen.



Quelle: Ulrich Pucknat

Im zweiten Teil des Workshops wurde sich in einem offenen Dialogprozess zu den aktuellen Herausforderungen der Kommunen bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Kommunale Wärmeplanung ausgetauscht. Insbesondere die fehlenden Erfahrungswerte hinsichtlich der Erstellung und Umsetzung von Wärmeplänen sowie der weitere Bedarf an Unterstützungsmaterialien wurden hier als aktuelle Herausforderungen identifiziert.

Ansprechpartnerinnen:

Sandra Dietrich
Tel: 0511 89 70 39 21,
sandra.dietrich@klima-schutz-niedersachsen.de

Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen GmbH
Stand: 25. Mai 2023